

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Christiane Schneider, Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer,
Inge Hannemann, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Das muss drin sein: Rentenniveau anheben – Den Lebensstandard im
Alter sichern**

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen. Hamburg liegt beim Anteil der Bezieher/-innen von Grundsicherungsleistungen im Alter mit 7,4 Prozent bundesweit an der traurigen Spitze. Der Anteil der Senioren/-innen mit Grundsicherungsleistungen ist in Hamburg fast zweieinhalbmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (3,1 Prozent). Die Armutsgefährdungsquote bei Rentnern/-innen und Pensionären/-innen (65+) hat 2015 in Hamburg, gemessen am Landesmedian, einen neuen Höchststand von 15,8 Prozent erreicht und ist somit im Vergleich zu 2005 (8,9 Prozent) fast doppelt so hoch! Aufgrund der Absenkung des Rentenniveaus und der Veränderung von Erwerbsbiografien (Erwerbsunterbrechungen, Langzeitarbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse) wird die Armut im Alter weiter zunehmen, immer mehr Hamburger/-innen werden betroffen sein. Armut im Alter erschwert die soziale Teilhabe und das Altern in Würde.

Eine der Hauptursachen für die zunehmende Altersarmut in Hamburg und bundesweit ist die stetige Absenkung des Rentenniveaus. Mit den sogenannten Rentenreformen von 2001 und 2004 wurde die langfristig deutliche Absenkung des Rentenniveaus beschlossen und somit das Ziel der lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente aufgegeben. Mit diesem grundlegenden Richtungswechsel in der Rentenpolitik ist beabsichtigt, den Anstieg der Beitragssätze bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent zu begrenzen und so vor allem Unternehmen zu entlasten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Rentenniveau mittels mehrerer Kürzungsfaktoren (vor allem Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel sukzessive abgesenkt. Laut Rentenversicherungsbericht 2015 der Bundesregierung wird das Rentenniveau bis 2029 von ehemals 53 Prozent (2000) auf 44,6 Prozent sinken. Um im Jahr 2030 eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu bekommen, müsste ein/e Arbeitnehmer/-in nach heutigem Stand 40 Jahre lang ununterbrochen pro Monat mindestens 2.097 Euro brutto verdienen. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner müssen trotz jahrelanger Beitragszahlung zukünftig mit einer Rente unterhalb der Armutsschwelle rechnen. Laut WDR-Recherchen droht gar jeder/m zweiten Bundesbürger/-in wegen des sinkenden Rentenniveaus eine Rente unterhalb der Armutsgrenze. Zudem ist die staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riesterrente) gescheitert: Nur etwa jede/r dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hat überhaupt eine „Riester-Rente“. Infolge der schwachen Lohnentwicklung und der massiven Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen beschleunigt sich die Zunahme von niedrigen Renten.

Hamburg ist als Bundesland besonders stark von der zunehmenden Altersarmut betroffen. Nur die Rückkehr zu einer den Lebensstandard im Alter sichernden Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden und die steigende Altersarmut wirksam begrenzen. Einen Kurswechsel in der Rentenpolitik und die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus fordern auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften.

Hierfür sind eine Rückkehr zur lohnorientierten und jährlichen Rentenanpassung sowie die Abschaffung des Riester- und Nachholfaktors erforderlich.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

bis zum 31.1.2017 mit einer Bundesratsinitiative einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem

1. im ersten Schritt das aktuelle Rentenniveau von 47,8 Prozent stabilisiert wird,
2. eine neue Rentenanpassungsformel eingesetzt wird, die wieder dem Anpassungsgrundsatz „die Rente folgt den Löhnen“ entspricht,
3. das Rentenniveau zügig auf 53 Prozent angehoben wird.